

447/A(E) XXI.GP
Eingelangt am: 06.06.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Kurt Grünewald, Freundinnen und Freunde
betreffend Verwendung der Mittel aus der Technologie - Offensive

Beim Reformdialog am 23.5.2001 wurde das Strategiepapier des Rats für Forschung und Technologieentwicklung vom Vorsitzenden, Knut Consemüller, in groben Zügen präsentiert. Man wurde auf die Homepage des Rats verwiesen, auf der sich genauere Informationen über die Strategie „Vision 2005“ und „2,5% + plus“ finden sollten. U.a. hätte dort definiert sein sollen, nach welchen konkreten Kriterien die Vergabe der Mittel aus den von der Bundesregierung nicht budgetierten ATS 7 Mrd. Forschungssondermittel vorgenommen werden soll. Auf der Homepage ist allerdings nichts zu finden.

Trotzdem hat der Rat bereits - auch ohne vorliegendes Strategiepapier und Förderkriterien - Mittel aus den von der Regierung nicht budgetierten ATS 7 Mrd. Forschungssondermittel, die für überplanmäßige Ausgaben speziell für den Bereich von Wissenschaft und Forschung vorgesehen sind, freigegeben. Laut Ratsvorsitzendem sollen außerdem die Universitäten von der Vergabe dieser Mittel ausgeschlossen werden, solange den Reformvorhaben der Bundesregierung (Dienstrecht, Ausgliederung, etc.) nicht zugestimmt werde. Da in Österreich die Grundlagenforschung zum überwiegenden Teil an Universitäten durchgeführt wird, ist diese Vorgehensweise als massive Behinderung des universitären wissenschaftlichen Arbeitens zu werten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

- 1) Die Bundesregierung soll dafür Sorge tragen, dass eindeutige und transparente Kriterien für die Vergabe der von der Bundesregierung nicht budgetierten ATS 7 Mrd. Forschungssondermittel definiert und für alle zugänglich veröffentlicht werden.
- 2) Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Universitäten bei der Vergabe der Forschungssondermittel nicht solange auszuschließen bis die Reformvorhaben vollzogen wurden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen.